

# Verhandlungsschrift

über die Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Tarsdorf.

**Sitzungstermin:** Donnerstag, den 23.03.2023

**Sitzungsbeginn:** 19:30 Uhr

**Sitzungsende:** 22:31 Uhr

**Tagungsort:** Sitzungssaal

## Anwesend sind:

### Bürgermeisterin

Holzner Andrea, Dipl.-Ing. ÖVP

### Vizebürgermeister

Sigl Rudolf ÖVP

### Mitglieder

Riess Siegfried ÖVP

Neubauer Engelbert ÖVP

Graf Maria ÖVP

Galluseder Florian ÖVP

Wimmer Christian ÖVP

Wenger Julia ÖVP

Sommerauer Andrea ÖVP

Pohler Wolfgang FPÖ

Sommerauer Alois FPÖ

Schuster Andreas FPÖ

Schmidhammer Norbert SPÖ

Weilbuchner Josef SPÖ

### Ersatzmitglieder

Schwaighofer Johanna ÖVP Vertretung für Herrn Ing. Franz Hager

Gruber Thomas ÖVP Vertretung für Herrn Norbert Schuster

Steiner Maria ÖVP Vertretung für Herrn Robert Leitner

Häuslschmid Clemens FPÖ Vertretung für Herrn Erich Esterbauer

Berger Stefan SPÖ Vertretung für Frau Monika Sommerauer

### Schriftführer

Esterbauer Josef

## Es fehlen:

### Mitglieder

Leitner Robert ÖVP entschuldigt, am 10.03.2023

Hager Franz, Ing. ÖVP entschuldigt, am 19.03.2023

Schuster Norbert ÖVP entschuldigt, am 23.03.2023

Esterbauer Erich FPÖ entschuldigt, am 19.03.2023

Sommerauer Monika SPÖ entschuldigt, am 17.03.2023

**Der Schriftführer** (§ 54 Abs. 2 OÖ. GemO 1990): Josef Esterbauer

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung von ihr einberufen wurde.
- b) die Sitzungseinladung mit der Tagesordnung wurde den Mitgliedern des Gemeinderates zeitgerecht am 09.03.2023 nachweislich übermittelt.
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist und dass die Verhandlungsschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2023 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsichtnahme aufgelegt ist, während der Sitzung noch zur Einsichtnahme aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis Sitzungsschluss Einwendungen vorgebracht werden können.

Den Vorsitz führt Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner.

### **Tagesordnung:**

1. Prüfungsbericht der BH Braunau zum Rechnungsabschluss 2021;
2. Prüfungsbericht der BH Braunau zum Nachtragsvoranschlag 2022;
3. Berichte der Prüfungsausschusssitzungen vom 14.12.2022 und vom 06.03.2023;
4. Rechnungsabschluss 2022;
5. Entwicklungsprozess Ortsmitte mit dem Schwerpunkt altes Gemeindeamt, Volksschule und Kinderbetreuung über Förderprogramm Flächenrecycling;
6. Bauhofkooperation - Gründung eines Bauhofverbandes - Satzungen;
7. Betriebsbaugebiet Döstling - Vereinbarung mit dem Wirtschaftspark Braunau betreffend Aufteilung der Kommunalsteuer;
8. Aufschließung Betriebsbaugebiet Döstling - Vergabe der Arbeiten;
9. Straßenbau 2023 - Vergabe der Arbeiten;
10. Kanalüberprüfung Zone 1 (Zonenplanüberprüfung) - Vergabe der Arbeiten;
11. Oberflächenwasserableitung Ortszentrum - Finanzierungsvereinbarung;
12. Wohnprojekt Hucking-West;
13. Kaufvertrag GP 1176/3 KG Hofstatt in Ausübung des vertraglich vereinbarten Wiederkaufsrechtes;
14. Antrag auf Flächenwidmungsplanänderung von Grünland auf Bauland, Gst. Nr. 1160/1, 1164 und 1161, jeweils KG Hofstatt;
15. Antrag auf Flächenwidmungsplanänderung von Grünland auf Bauland, Teilfläche der Gst. Nr. 285/12, KG Hörndl;
16. Antrag auf Flächenwidmungsplanänderung in Sonderausweisung für Photovoltaikanlagen auf Gst. Nr. 1569 und 1570, KG Hofstatt;
17. Antrag auf Flächenwidmungsplanänderung in Sonderausweisung für Photovoltaikanlagen auf Gst. Nr. 120/2 und 115/1, KG Hörndl;
18. Auflassung der öffentlichen Straße GP 2261 KG Hörndl;
19. Nachwahl in den Ausschuss für örtliche Umweltfragen, Wasserangelegenheiten und Landwirtschaft;
20. Bericht der Bürgermeisterin;
21. Allfälliges;

## Protokoll:

### 1. Prüfungsbericht der BH Braunau zum Rechnungsabschluss 2021;

#### Berichterstattung:

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner verliest den vorliegenden Prüfungsbericht vom 26. Jänner 2023 im vollen Inhalt.

#### Wechselrede:

Keine Wortmeldungen;

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner stellt den

A n t r a g,

den Prüfungsbericht der BH Braunau zum Rechnungsabschluss 2021 zur Kenntnis zu nehmen.

#### Abstimmungsergebnis (Abstimmung per Akklamation):

Einstimmig;

DAFÜR	DAGEGEN
19	0

### 2. Prüfungsbericht der BH Braunau zum Nachtragsvoranschlag 2022;

#### Berichterstattung:

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner verliest den vorliegenden Prüfungsbericht der BH Braunau zum Nachtragsvoranschlag 2022 vom 30. Dezember 2022.

#### Wechselrede:

Keine Wortmeldungen;

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner stellt den

A n t r a g,

den vorliegenden und verlesenen Prüfungsbericht der BH Braunau zum Nachtragsvoranschlag 2022 zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

#### Abstimmungsergebnis (Abstimmung per Akklamation):

Einstimmig;

DAFÜR	DAGEGEN
19	0

<b>3.</b>	<b>Berichte der Prüfungsausschusssitzungen vom 14.12.2022 und vom 06.03.2023;</b>
-----------	---

**Berichterstattung:**

Über Auftrag der Bürgermeisterin verliest Prüfungsausschussmitglied Florian Galluseder die vorliegenden Prüfungsberichte.

**Wechselrede:**

Keine Wortmeldungen;

Die Prüfungsberichte werden zur Kenntnis genommen.

<b>4.</b>	<b>Rechnungsabschluss 2022;</b>
-----------	---------------------------------

**Berichterstattung:**

Über Ersuchen der Vorsitzenden erläutert die Bedienstete Rosemarie Flachner den Rechnungsabschluss 2022 anhand der eingeblendeten Folien (**Anlage 1**).

**Wechselrede:**

Keine Wortmeldungen;

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner bedankt sich herzlich bei Frau Rosemarie Flachner für die umfangreichen und stets termingerechten Arbeiten und stellt den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge den Rechnungsabschluss 2022 wie folgt beschließen:

	<b>Einzahlungen</b>	<b>Auszahlungen</b>
Operative Gebarung	€ 5.596.755,27	€ 4.652.061,65
Investive Gebarung	€ 249.941,47	€ 899.405,39
Finanzierungstätigkeit	€ 0,00	€ 61.748,93
<u>Voranschlagsunwirksame Gebarung</u>	<u>€ 1.394.683,69</u>	<u>€ 2.149.764,23</u>
<b>Zwischensumme</b>	<b>€ 7.241.380,43</b>	<b>€ 7.762.980,20</b>
- abzgl. investive Einzelvorhaben	€ 1.019.423,06	€ 785.942,29
<u>- abzgl. Voranschlagsunwirksame Gebarung</u>	<u>€ 1.394.683,69</u>	<u>€ 2.149.764,23</u>
<b>Summe</b>	<b>€ 4.827.273,68</b>	<b>€ 4.827.273,68</b>
<b>Ergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit</b>	<b>€ 0,00</b>	

## Abstimmungsergebnis (Abstimmung per Akklamation):

**Einstimmig;**

DAFÜR	DAGEGEN
19	0

5.	<b>Entwicklungsprozess Ortsmitte mit dem Schwerpunkt altes Gemeindeamt, Volksschule und Kinderbetreuung über Förderprogramm Flächenrecycling;</b>
----	---

### Berichterstattung:

Bgm.in Andrea Holzner erläutert in groben Zügen das Förderprogramm zum Flächenrecycling vom Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie.

Sie verweist auf den bisherigen Verlauf des Diskussionsprozesses rund um die Ortsmitte beginnend mit dem Platzbedarf beim Kindergarten und die erfolgte Containerlösung, die behandelten Themen bei der Gemeinderatsklausur im Frühjahr 2022 und die daraus entstandenen Ideen, die von Seiten der Pfarre beabsichtigte Pfarrheimsanierung und die Ideen der Jugendwerkstatt.

Weiters besteht Handlungsbedarf hinsichtlich des alten Gemeindeamtes aufgrund des Gebäudezustandes, vor allem hinsichtlich der desolaten Haustechnik. Damit zusammenhängend stellt sich ebenfalls die Frage des weiteren Bestandes des alten Schultraktes. Ebenso stehen mit der Schulliegenschaft auch die Flächen der nördlich und südlich liegenden aufgelassenen Landwirtschaften sowie beim Objekt Tarsdorf 29, welches derzeit zum Verkauf angeboten wird, im Zusammenhang.

Zum Thema Kinderbetreuung steht zu befürchten, dass Ostermiething in der Krabbelgruppe keine weiteren Kinder aufnehmen kann.

Im vergangenen November erfolgte ein „Spaziergang durch die Ortsmitte“, wo mit Vertretern aller Fraktionen viele dieser Themen auch bereits vor Ort besprochen worden sind. Im Februar erfolgte auch noch eine Exkursion in die drei Flachgauer Gemeinden Hallwang, Eugendorf und Thalgau.

Hinsichtlich des alten Schultraktes und eines eventuell Ersatzbaus für die bisherigen darin untergebrachten Funktionen erfolgte im Jänner auch eine Begutachtung von Seiten der Bildungsdirektion hinsichtlich des Raumprogramms der Volksschule. Die Bildungsdirektion hat die Angelegenheit aus rein schulischer Sicht beurteilt und ist zum Ergebnis gekommen, dass die Räumlichkeiten im neuen Schultrakt ausreichend sind. Ebenso ist seit längerem davon die Rede, Veranstaltungsräumlichkeiten zu schaffen (z.B. Theater, Kulturveranstaltungen, Konzerte).

Der Inhaber des Gasthauses Brunner hat die Gemeinde darüber informiert, bei seinem Gasthof im Bereich des Obergeschosses beim Nebengebäude Gasträumlichkeiten einrichten zu wollen und er hat in diesem Zusammenhang angefragt, ob hier eventuell eine Kooperation mit der Gemeinde für Veranstaltungsräumlichkeiten anzudenken wäre.

Bgm.in Andrea Holzner betont, dass viele dieser öffentlichen Bedürfnisse hinsichtlich Kinderbildung und -betreuung sowie Veranstaltungen aus mehrererlei Hinsicht im Ortszentrum bleiben soll und viele dieser Fragen zusammenwirken.

Es sei ihr wichtig, dass hier ein breiter Diskussionsprozess und eine Bürgerbeteiligung stattfindet, vor allem aufgrund der Komplexität und des Zusammenwirkens der verschiedenen Anliegen. Vor allem ist auch der Blick von außen ein wichtiger Bestandteil. Man solle sich daher die Entwicklung im Dorfkern mit professioneller Begleitung anschauen.

Über das Büro für Dorf- und Stadtentwicklung beim Amt der Oö. Landesregierung ist man auf das Büro *nonconform* gekommen, welche auch in St. Ägidi die Dorferneuerung gemacht haben. Weiters hat die Gemeinde Munderfing im Zusammenhang mit der Umfahrung positive Erfahrungen mit diesem Büro gemacht. Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner erwähnt, dass sie auch mit dem Bürgermeister der Gemeinde Schönau im Mühlkreis Verbindung aufgenommen hat, wo ein solcher Bürgerbeteiligungsprozess stattgefunden hat. Das Ganze ist dort durchwegs positiv von der Bevölkerung angenommen worden.

Der für die Gemeinde anfallende Restbetrag beträgt € 15 je Einwohner und aus ihrer Sicht erscheint dieser Betrag angemessen.

### **Wechselrede:**

EM Clemens Häuslschmid stellt die Frage, ob es nur ein Angebot gibt.

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner verweist darauf, dass es bei *nonconform* um ein breit aufgestelltes Team geht mit verschiedenen Fachleuten aus den Bereichen Architektur, Schulraumplanung, Landschaftsarchitektur, Stadt- und Raumplanung, Moderation, Projektmanagement, Mediation und Kommunikationswissenschaftler, wie im Angebot angeführt.

GR Julia Wenger verweist auf die durchgeführte Jugendwerkstatt, wo es um ähnliche Projekte gegangen ist und dieser Prozess sozusagen im Kleinen bereits durchgeführt worden ist.

GR Andrea Sommerauer verweist auf den unlängst erfolgten Beitrag im ORF2 „Kultur am Montag“ hinsichtlich dieser Thematik. Auch hier hat bei den gezeigten Gemeinden *nonconform* den Prozess begleitet.

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner stellt den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge entsprechend dem vorliegenden Angebot der **nonconform Ideenwerkstatt GmbH** den Bürgerbeteiligungsprozess mit Erstellung eines Entwicklungskonzeptes zur Belebung der Ortsmitte rund um das Volksschulgrundstück beauftragen und einen entsprechenden Antrag beim Umweltministerium auf Förderung durch das Förderprogramm Flächenrecycling stellen.

Der Auftrag an die *Fa. nonconform* erfolgt vorbehaltlich der Förderzusage durch das Umweltministerium.

Auftragssumme netto	€ 62.850,00
zzgl. 20 % Ust.	€ 12.570,00
<u>Summe brutto</u>	<u>€ 75.420,00</u>
abzügl. Förderung	€ 45.000,00
<b>Nettoaufwand Gemeinde</b>	<b>€ 30.420,00</b>

## Abstimmungsergebnis (Abstimmung per Akklamation):

Einstimmig;

DAFÜR	DAGEGEN
19	0

### 6. Bauhofkooperation - Gründung eines Bauhofverbandes - Satzungen;

#### Berichterstattung:

Die Vorsitzende, Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner, erläutert in groben Zügen den bisherigen Werdegang zur Gründung des Bauhofverbandes. Sie verweist auf den vorliegenden Amtsvortrag und auf die eingeblendeten Folien und bringt dem Gemeinderat den vorliegenden Satzungsentwurf vollinhaltlich zur Kenntnis.

In verschiedenen Gesprächen mit Bauhofmitarbeitern, Bauhofleitern und Amtsleitern der Gemeinden Ostermiething, Haigermoos und Tarsdorf wurden Grundlagen für das Raumerfordernis und für den Personalbedarf erarbeitet. Ebenso wurde mit den Fraktionsvertretern aller drei Gemeinden die wesentlichen Punkte der Satzungen ausgearbeitet (Aufteilungsschlüssel, Stimmrechte, usw.). Für den Aufteilungsschlüssel wurden die Parameter Einwohner und Straßenkilometer herangezogen.

Die Satzungen wurden bewusst schlank gehalten. Auf einen Vorstandsvorstand sowie einen Prüfungsausschuss wird vorerst verzichtet.

Die Errichtung des Verbandsbauhofs einschließlich Grundstücksankauf wird mit 86 % vom Land gefördert. Auch der Standort Döstling passt gut für alle drei Gemeinden, betont Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner.

#### Wechselrede:

GV Wolfgang Pohler macht den Vorschlag, trotz des Bauhofverbandes einen eigenen Bauhofmitarbeiter geringfügig beschäftigt anzustellen.

Weiters hält GV Wolfgang Pohler fest, dass man sich nicht erwarten darf, dass die Kosten geringer werden. Diese werden steigen. Vor allem auch deshalb, weil die Ansprüche steigen. Weiters weist er darauf hin, dass die Verteilung der Stimmrechte die Anzahl jeweils der Vorstandsgröße der beteiligten Gemeinden entspricht. Zum Thema Prüfungsausschuss hält er fest, dass die Gebarung des Verbands auch durch die Prüfungsausschüsse der Gemeinden geprüft werden können.

GV Norbert Schmidhammer spricht ebenfalls die Kostenthematik an und bestätigt, dass keine Kosteneinsparungen zu erwarten sind. Ein wesentlicher Gewinn der Bauhofkooperation ist jedenfalls der hohe Förderschlüssel aus dem Regionalisierungsfonds.

Weiters weist GV Norbert Schmidhammer darauf hin, dass der ganze Bauhofbetrieb im Wesentlichen von den handelnden Personen abhängt und es immer schwieriger wird, gutes Personal zu finden.

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner stellt den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge die vorliegenden Satzungen (**Anlage 2**) beschließen.

**Abstimmungsergebnis (Abstimmung per Akklamation):**

**Einstimmig;**

DAFÜR	DAGEGEN
<b>19</b>	<b>0</b>

<b>7.</b>	<b>Betriebsbaugebiet Döstling - Vereinbarung mit dem Wirtschaftspark Braunau betreffend Aufteilung der Kommunalsteuer;</b>
-----------	--

**Berichterstattung:**

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner verweist darauf, dass die Gemeinde Tarsdorf Mitglied des Wirtschaftsparks Braunau ist und daher die anderen Mitgliedsgemeinden an der Kommunalsteuer für aufgeschlossene Betriebsbaugebiete partizipieren.

Entsprechend der Satzungen ist für den Fall, dass die Standortgemeinde sämtliche Kosten für die Aufschließung trägt und dem Verband keinerlei Kosten erwachsen, eine bilaterale Vereinbarung hinsichtlich des Aufteilungsschlüssel der Kommunalsteuer zu vereinbaren.

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner berichtet, dass im konkreten Fall 10 % ausverhandelt wurden.

Sie verliest den vorliegenden Vereinbarungsentwurf im vollen Inhalt.

**Wechselrede:**

GR Andreas Schuster stellt in den Raum, dass der 10%-ige Anteil vom Wirtschaftspark noch gar nicht beschlossen ist. Wer weiß, ob die Verbandsversammlung dem zustimmt. Er spricht sich grundsätzlich gegen diese Vereinbarung aus.

GR Alois Sommerauer spricht sich ebenfalls gegen diese Vereinbarung aus und hält fest, dass für das BBG Döstling von Seiten des Wirtschaftsparks weder etwas getan worden ist noch künftig was zu tun sein wird. Darüber hinaus sei zu bedenken, dass mit anderen Mitgliedsgemeinden eine Vereinbarung mit 20 % Beteiligung abgeschlossen worden ist. Es ist noch gar nicht sicher, ob vom Wirtschaftspark die 10 % angenommen werden.

Zur 20%-igen Beteiligung bei Schalchen hält Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner fest, dass hier von Seiten des Wirtschaftsparks Bestandsanalysen durchgeführt worden sind.

GV Wolfgang Pohler spricht sich vehement gegen diese Vereinbarung aus und hält in diesem Zusammenhang fest, dass die FPÖ-Fraktion bereits einen Antrag auf Ausstieg aus dem Wirtschaftspark beantragt hat. Hinsichtlich der Vereinbarung mit dem Wirtschaftspark hat er als Vorstandsmitglied des Verbandes nur feststellen können, dass diese Vereinbarung als Entwurf vorliegt und der Versammlung zur Beschlussfassung vorgeschlagen wird. Dennoch kann er diese Vereinbarung nicht vertreten und hält in diesem Zusammenhang fest, dass vom Wirtschaftspark vor einigen Jahren die Entwicklung der Fläche in Döstling zurückgestellt bzw. beiseitegelegt worden ist.

Hinsichtlich der angesprochenen Verbandsauflösung hält GV Wolfgang Pohler fest, dass dies ÖVP-Sache wäre, nachdem mehrheitlich ÖVP-Bürgermeister in der Verbandsversammlung sitzen.

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner plädiert für den Abschluss der Vereinbarung, man wolle es nicht auf einen Rechtsstreit ankommen lassen. Grundsätzlich ist damit auch ein solidarischer und kooperativer Gedanke angebracht.

GV Siegfried Riess merkt an, es sei richtig, dass der Beitritt zum Wirtschaftspark von der ÖVP-Fraktion alleine beschlossen worden ist. Der Grundgedanke dieses Wirtschaftsparks, eine gemeinsame Kostenteilung der Infrastrukturaufwendung und eine spätere entsprechende Aufteilung der Kommunalsteuer, sei in Ordnung. Damals war noch die Erschließung des Gewerbegebietes in Ostermiething sehr präsent. Letztlich gibt er das Wort an GV Wolfgang Pohler weiter mit dem Hinweis, er sei ja im Vorstand des Wirtschaftsparks. Auch Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner appelliert an den Vorstand des Wirtschaftsparks, dass endlich ein Projekt zustande kommt.

GV Wolfgang Pohler hält in diesem Zusammenhang fest, dass er ein „blaues“ Mandat besetzt und im Wirtschaftspark „die Schwarzen“ anschaffen. Die Verantwortung liege hier bei den ÖVP-Bürgermeistern des Bezirkes. Er kann da nichts bewirken. Er appelliert an GV Siegfried Riess, sich diesbezüglich an die „schwarzen“ Bürgermeister zu wenden.

GR Alois Sommerauer merkt vor der Abstimmung noch an, dass der Verband bisher nur Kosten verursacht hat, aber es geschieht nichts, die tun nichts. Das war unter der Obmannschaft von Bgm. Waidbacher schon so und ist unter dem neuen Obmann LAbg. Mühlbacher nicht anders.

Nach längerer Debatte stellt Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge der vorliegenden Vereinbarung mit dem Wirtschaftspark Braunau (**Anlage 3**) zustimmen.

**Abstimmungsergebnis (Abstimmung per Akklamation):**

DAFÜR			DAGEGEN		
1)	Bgm. <sup>in</sup> Andrea Holzner	ÖVP	1)	GR Andrea Sommerauer	ÖVP
2)	Vzbgm. Rudolf Sigl	ÖVP	2)	GV Norbert Schmidhammer	SPÖ
3)	GV Siegfried Riess	ÖVP	3)	GR Josef Weilbuchner	SPÖ
4)	GR Engelbert Neubauer	ÖVP	4)	EM Stefan Berger	SPÖ
5)	GR Maria Graf	ÖVP	5)	GV Wolfgang Pohler	FPÖ
6)	GR Florian Galluseder	ÖVP	6)	GR Alois Sommerauer	FPÖ
7)	GR Christian Wimmer	ÖVP	7)	GR Andreas Schuster	FPÖ
8)	GR Julia Wenger	ÖVP	8)	EM Clemens Häuslschmid	FPÖ
9)	EM Johanna Schwaighofer	ÖVP			
10)	EM Thomas Gruber	ÖVP			
11)	EM Maria Steiner	ÖVP			
<b>11</b>			<b>8</b>		

<b>8.</b>	<b>Aufschließung Betriebsbaugelände Döstling - Vergabe der Arbeiten;</b>
-----------	--

**Berichterstattung:**

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner verweist auf die Angebotseröffnung mit folgendem Ergebnis:

### Angebotssummen in €

	(ohne Ust.)	(einschl. Ust.)
1) Hager Tiefbau	€ 897.942,14	€ 1.077.530,57
2) Held & Francke	€ 932.111,54	€ 1.118.533,85
3) Strabag	€ 950.568,12	€ 1.140.681,74
4) Porr	€ 977.507,74	€ 1.173.009,29
5) Niederndorfer	€ 1.050.000,00	€ 1.260.000,00

#### Wechselrede:

GV Wolfgang Pohler appelliert neuerlich daran, den Radweg entlang vom Lagerhaus bis zum Felmer Weg Richtung Süden zu verlängern.

Nach weiterer Beratung stellt Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner den

#### A n t r a g,

der Gemeinderat möge aufgrund des vorliegenden Prüfungsergebnisses das Angebot der **Firma Hager Tiefbau GmbH**, Tarsdorf, mit einem Gesamtpreis von € 897.942,14 (ohne Ust.) bzw. einer Angebotssumme von € 1.077.530,57 (einschl. Ust.) als das Billigstbieterangebot ansehen und den Zuschlag der Firma Hager erteilen.

#### Abstimmungsergebnis (Abstimmung per Akklamation):

**Einstimmig;**

DAFÜR	DAGEGEN
<b>19</b>	<b>0</b>

#### **9. Straßenbau 2023 - Vergabe der Arbeiten;**

#### Berichterstattung:

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner erwähnt kurz die vorgesehenen Straßenbaumaßnahmen - Belagssanierung bei der Eckldorfer Gemeindestraße vom Gemeindeamt bis zur Kreuzung Am Anger.

Die Bauarbeiten wurden nicht neu ausgeschrieben, sondern sollen entsprechend dem Angebot vom Jahr 2022 vergeben werden. Allerdings wird der im letzten Jahr gewährte Nachlass nicht mehr in voller Höhe gewährt und dieser auf 2 % reduziert.

#### Wechselrede:

Bauausschussobmann Alois Sommerauer erklärt, dass der Asphaltbelag schon sehr mitgenommen ist und sich der Asphalt in der Mitte bereits auflöst. Weiters stellt er die Frage, ob die Straßenumlegung beim Anwesen Hofstadt 19 geplant ist. Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner verweist darauf, dass hier noch bautechnische Fragen zu klären sind und sie an der Sache dranbleibt.

Hinsichtlich der Kosten verweist sie darauf, dass wieder mit entsprechenden KIP-Mittel (Kommunalinvestitionspaket) zu rechnen ist.

Nach weiterer Beratung stellt Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge die Sanierungsarbeiten bei der Eckldorfer Gemeindestraße vom Gemeindeamt bis zur Kreuzung Am Anger an die **Fa. Strabag, Linz**, laut dem Angebot vom 28. April 2022 wie folgt vergeben:

	€ 171.935,78
2 % Nachlass	€ 3.438,72
	€ 168.497,06
+ 20 % MwSt.	€ 33.699,41
	<b>€ 202.196,47</b>
– 3 % Skonto	€ 6.065,89
	<b>€ 196.130,58</b>

**Abstimmungsergebnis (Abstimmung per Akklamation):**

**Einstimmig;**

DAFÜR	DAGEGEN
<b>19</b>	<b>0</b>

**10. Kanalüberprüfung Zone 1 (Zonenplanüberprüfung) - Vergabe der Arbeiten;**

**Berichterstattung:**

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner verweist auf die fällige Zonenplanüberprüfung. Vom Büro KUP wurde empfohlen, sich den bereits dem vom RHV Salzach-Mitte durchgeführten Ausschreibungsverfahren vom Juli 2021 anzuhängen und die Arbeiten dem Billigstbieter **Fa. WDL GmbH** zu vergeben.

**Wechselrede:**

Keine Wortmeldungen;

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner stellt den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge die Arbeiten für die durchzuführende Zonenplanüberprüfung wie folgt vergeben:

	Auftragnehmer:	Auftragssumme
Ingenieurleistungen:	<b>Büro KUP, Linz</b>	<b>€ 25.671,11</b>
Kanalreinigung und Kamerabefahrung:	<b>Fa. WDL GmbH, Linz</b>	<b>€ 79.641,95</b>
Gesamtkosten		<b>€ 105.313,06</b>

**Abstimmungsergebnis (Abstimmung per Akklamation):**

**Einstimmig;**

DAFÜR	DAGEGEN
19	0

**11. Oberflächenwasserableitung Ortszentrum - Finanzierungsvereinbarung;**

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner verweist auf die Vorgeschichte dieses notwendig gewordenen Projektes laut dem vorliegenden Amtsvortrag.

Aufgrund der Einzugsflächen beträgt der Anteil der Landesstraßenverwaltung 13,2 %.

**Wechselrede:**

GR Josef Weilbuchner fragt nach, welcher Abschnitt gebaut wird. Es wird festgestellt, dass der Abschnitt vom Bacheinlauf bis auf Höhe Romstötter/Schnaitl errichtet wird. Über Nachfrage zum Strang bei der Holzner Straße wird festgestellt, dass dieser ausschließlich auf der Gemeindestraße liegt und somit nicht Bestandteil der Vereinbarung mit dem Land ist.

GR Engelbert Neubauer hält fest, dass möglicherweise Dachwässer in die bestehende Schmutzwasserkanalisation und somit in die Kläranlage abgeleitet werden. Im Zuge der Bauarbeiten sollen solche Fälle an die Oberflächenwasserableitung angeschlossen werden, um die Kläranlage hydraulisch zu entlasten.

Nach weiterer Beratung stellt Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge die vorliegende Finanzierungsvereinbarung **L1004 St. Radergunder Straße von km 0,000 bis km 0,500 Baulos: "EA OD Tarsdorf"** vom 03.01.2023 beschließen (**sh. Anlage 4**).

**Abstimmungsergebnis (Abstimmung per Akklamation):**

**Einstimmig;**

DAFÜR	DAGEGEN
19	0

**12. Wohnprojekt Hucking-West;**

**Berichterstattung:**

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner präsentiert das vorliegende Erschließungs- und Parzellierungskonzept Hucking-West vom Büro Regioplan Ingenieure GmbH vom 12. Oktober 2022.

Sie hält fest, dass in einem Vorgespräch mit den zuständigen Fachleuten der Abt. Raumordnung DI Maieron und DI Schwendinger eine wesentliche Verkleinerung der 1. Etappe

angeraten worden ist. Weiters muss auch eine Verwertung innerhalb von fünf Jahren gegenüber der Raumordnung garantiert werden.

Zunächst geht es noch nicht um den Einleitungsbeschluss zur Flächenwidmung, sondern um einen Grundsatzbeschluss hinsichtlich der Weiterverfolgung dieses Projekts. In Zusammenhang mit dem Umwidmungsbeschluss sollen im Gegenzug auch Flächen aus dem örtlichen Entwicklungskonzept zurückzunehmen sein.

Ganz allgemein berichtet Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner darüber, dass bei der heutigen Tagesordnung noch mehrere Umwidmungsanträge zu behandeln sind und in der Raumordnung immer Flächen zueinander in Konkurrenz stehen (Betriebe, Wohnen, Landwirtschaft). Es geht darum, Abwanderung zu verhindern und Tarsdorf stärken. In diesem Zusammenhang verliert sie auszugsweise Argumente eines Widmungswerbers. Ein Nebeneinander von Arbeit und Betriebe ist notwendig. Daher ist es auch wichtig, Wohnraum für junge Leute zu schaffen.

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner appelliert daher daran, das Wohnprojekt Hucking-West in abgespeckter Form anzugehen.

### **Wechselrede:**

GR Johanna Schwaighofer erklärt, dieser Wohngebietsentwicklung nicht zustimmen zu können. Es ist zunehmend zu beobachten, dass Neuansiedler für die Landwirtschaft keinerlei Verständnis haben. Zudem ist eine Verschmutzung bei Siedlungsnahmen landwirtschaftlichen Flächen zu beobachten.

GR Andreas Schuster hält ebenfalls fest, dass er als aktiver Landwirt dieser Siedlungsentwicklung nicht zustimmen kann. Die Entwicklung soll vom Ortskern von Innen nach Außen erfolgen. Auch er spricht den vielen Müll in den landwirtschaftlichen Flächen an. Zudem ist seiner Meinung nach der Flächenverbrauch für die Straßen zu hoch im Verhältnis zur Bebauungsdichte.

GR Maria Graf spricht sich ebenfalls gegen eine Umwidmung aus. Vielmehr soll die gegenständliche Fläche als Tauschfläche für zentrumsnahe Flächen angeboten werden.

GV Norbert Schmidhammer hält fest, dass es keine Flächen zum Tausch gibt. Die Betroffenen Grundeigentümer wurden explizit gefragt. Er spricht sich dafür aus, Wohnraum für junge Tarsdorfer zu schaffen.

Zum Nebeneinander von Landwirtschaft und Wohngebiet meint GV Norbert Schmidhammer, dass vielfach das Verständnis für die anderen Mitmenschen verloren gegangen ist.

GV Siegfried Riess äußert sich dazu, er sei auch nicht wirklich glücklich mit dieser Umwidmung, jedoch bietet sich keine andere Fläche an. Ein Tausch wäre optimal. Früher oder später kann man davon ausgehen, dass das Neue Dorf mit Tarsdorf zusammenwächst. Tarsdorf hat viele Arbeitsplätze. Deshalb müssen auch Baugründe verfügbar sein. Das Problem der angesprochenen Verschmutzung würde seiner Meinung nach an der Durchzugsstraße liegen, aber das sei ein anderes Problem.

Vzbgm. Rudolf Sigl verweist auf den eingangs angesprochenen Termin mit den Fachleuten der Raumordnung. Dabei wurde auch hinterfragt, ob die Hausaufgaben erledigt sind wie z.B. die Erhöhung des Erhaltungsbeitrages, eine mögliche Nutzung der vorhandenen ÖEK-Flächen usw. Diese Hausaufgaben wurden vollständig erledigt. Wir haben in Tarsdorf viele Arbeitsplätze und keine Baugründe. Wie bereits angesprochen, ist der vorliegende Entwurfsplan zu überarbeiten um vorerst nur ein bis zwei Reihen umzuwidmen, denn vielleicht ergibt sich doch in einiger Zeit eine Möglichkeit im Ortszentrum umzuwidmen.

Bgm.in Andrea Holzner fügt dem hinzu, dass die Gemeinde ohnedies in den letzten Jahren eine konsequente Raumordnung verfolgt hat. Zum einen wurde das Entwicklungskonzept 2014 beschlossen und die Gemeinde hat Raumordnungsverträge mit Bauverpflichtungen abgeschlossen. Weiters soll bei Umwidmungen auch daran gedacht werden, ein weiteres Raumordnungsinstrument in die Hand zu nehmen. Wie bereits im Gemeindevorstand besprochen worden ist, soll bei Umwidmungen ein gewisser Prozentsatz der Flächen der Gemeinde zu ortsüblichen Preisen zur Verfügung gestellt werden. Wie bereits angesprochen, wurden auch sämtliche Landwirte angeschrieben, welche Flächen im ÖEK haben. Wenn die Leute nun sehen, dass in Hucking-West ein Wohngebiet geschaffen werden soll, dann wird das auch Auswirkungen auf Einzelumwidmungen haben und wird die Leute zum Umdenken bringen. Die Verwertung der Fläche in Hucking könnte eine Bewusstseinsbildung bei den Landwirten auslösen, welche eine Fläche im ÖEK haben.

GR Andrea Sommerauer hält fest, dass sie die gegenständliche Angelegenheit auch nicht vertreten kann. Diese Fläche ist eine exponierte Lage, welche Tarsdorf ausmacht und daher aus ihrer Sicht nicht versiegelt werden soll. Es gibt sicher andere Flächen, die besser geeignet sind. Im Übrigen wird in Zukunft viel mehr daran zu denken sein, Bestandsausbau vorzunehmen (An- und Zubau), um Leerstände zu vermeiden. Weiters muss man sich fragen, ob sich junge Leute bei den aktuellen Baupreisen und steigenden Zinsen noch Neubauten leisten können. Zur Erhebung über den Baulandbedarf ist zu sagen, dass man den Bedarf schnell mal bekunden kann. Ob das dann alles so ernst zu nehmen ist, ist eine andere Sache.

GV Wolfgang Pohler weist darauf hin, dass die Baulandreserven aufgrund der starken Nachfrage zurückgegangen sind. Was die weiteren ungenutzten gewidmeten Flächenreserven betrifft, ist zu sagen, dass diese als Wertanlage gehortet werden. Weiters erwähnt er, dass die landwirtschaftlichen Flächen beim Ankauf der Girb-Sache seiner Meinung nach zu voreilig verkauft worden sind und nunmehr zu wenig Tauschflächen zur Verfügung stehen. Er appelliert an leistbares Wohnen, junge Tarsdorferinnen und Tarsdorfer müssen da bleiben können. Weiters erwähnt er, dass er mit der dritten ISG-Wohnanlage mit nur Eigentumswohnungen nicht glücklich sei. Damit die jungen Tarsdorfer bleiben können, sollen auch dort und da Siedlungssplitter erweitert werden können, wo es möglich und sinnvoll ist. Wir haben nun mal in Tarsdorf viele Arbeitsplätze, aber keine Wohnungen. Denn diese Eigentumswohnungen sind nicht leistbar. GV Wolfgang Pohler appelliert nochmals daran für junge Tarsdorfer leistbare Baugründe zu Verfügung zu stellen.

Zur Verschmutzung entlang der Straßen erwähnt er auch den relativ großen Schwerverkehrsanteil ganz allgemein. Nicht ausreichend gesichertes Ladegut hat auch seinen Anteil an der Verschmutzung, ebenso hinterlassen gewisse Sturmereignissen ihre Spuren.

Er wirft der ÖVP-Fraktion vor, auch bei der seinerzeitigen Umwidmung beim Sensberg auf der Bremse gestanden zu sein und er erwähnt in diesem Zusammenhang ein Modell in Deutschland. Wenn man da ein Hektar umwidmet, kann man nur eine Parzelle für sich behalten. Denn keiner habe ein Recht auf Umwidmung. Es können nicht nur Arbeitsplätze und ein Betriebsbaugelände geschaffen werden, man braucht auch ausreichend Wohngebiet dazu.

In diesem Zusammenhang spricht GR Andreas Schuster die steigenden Preise von landwirtschaftlichem Grund an. Diese sind mittlerweile so hoch, dass diese aus eigener wirtschaftlicher Leistung der Landwirtschaft nicht mehr leistbar sind.

Die landwirtschaftlichen Grundpreise werden vor allem durch die Betriebe KTM und Hargassner in die Höhe getrieben.

GR Johanna Schwaighofer spricht noch einmal die Liste vom Baulandbedarf an. Hier sind auch mehrere Auswärtige angeführt.

GV Norbert Schmidhammer erwähnt dazu, das könne die Gemeinde mit dem bestehenden Punktesystem regeln. Dann würden vorzüglich Einheimische bedient werden können.

GR Andrea Sommerauer weist auf die Entwicklung der Demografie hin. In Zukunft werden sich mehr Leerstände bzw. freie Objekte herauskristallisieren.

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner will die Diskussion zu Ende führen und resümiert, dass für junge Tarsdorfer jedenfalls Baugründe geschaffen werden müssen, um die Leute halten zu können. Wir brauchen ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Arbeitsplätze, Wohnen und Landwirtschaft. Dieses momentane Bedürfnis an Baugründen kann durch dieses Wohngebiet durchaus verträglich abgedeckt werden.

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner stellt daher den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge das Wohngebiet Hucking-West im Grundsatz beschließen. Die Rücknahme von Flächen aus dem ÖEK als Tauschflächen sollen sich auf die Bereiche Hörndl und Tarsdorf-West laut Schreiben von Regioplan beschränken.

**Abstimmungsergebnis (Abstimmung per Akklamation):**

DAFÜR			DAGEGEN		
1)	Bgm. <sup>in</sup> Andrea Holzner	ÖVP	1)	GR Maria Graf	ÖVP
2)	Vzbgm. Rudolf Sigl	ÖVP	2)	GR Andrea Sommerauer	ÖVP
3)	GV Siegfried Riess	ÖVP	3)	EM Johanna Schwaighofer	ÖVP
4)	GR Engelbert Neubauer	ÖVP	4)	GR Andreas Schuster	FPÖ
5)	GR Florian Galluseder	ÖVP			
6)	GR Christian Wimmer	ÖVP			
7)	GR Julia Wenger	ÖVP			
8)	EM Thomas Gruber	ÖVP			
9)	EM Maria Steiner	ÖVP			
10)	GV Wolfgang Pohler	FPÖ			
11)	GR Alois Sommerauer	FPÖ			
12)	EM Clemens Häuslschmid	FPÖ			
13)	GV Norbert Schmidhammer	SPÖ			
14)	GR Josef Weilbuchner	SPÖ			
15)	EM Stefan Berger	SPÖ			
<b>15</b>			<b>4</b>		

<b>13.</b>	<b>Kaufvertrag GP 1176/3 KG Hofstatt in Ausübung des vertraglich vereinbarten Wiederkaufsrechtes;</b>
------------	---

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner verweist auf den Gemeinderatsbeschluss vom 26. September 2022, wo der Wiederkauf beschlossen worden ist.

In weiterer Folge verliest sie den vorliegenden Kaufvertragsentwurf im vollen Inhalt.

**Wechselrede:**

Keine Wortmeldungen;

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner stellt den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge den vorliegenden Kaufvertrag zur Ausübung des vertraglich vereinbarten Wiederkaufsrechtes der GP 1176/3, KG Hofstatt, beschließen (**Anlage 5**).

**Abstimmungsergebnis (Abstimmung per Akklamation):**

DAFÜR			DAGEGEN		
1)	Bgm. <sup>in</sup> Andrea Holzner	ÖVP	1)	GV Norbert Schmidhammer	SPÖ
2)	Vzbgm. Rudolf Sigl	ÖVP	2)	GR Josef Weilbuchner	SPÖ
3)	GV Siegfried Riess	ÖVP	3)	EM Stefan Berger	SPÖ
4)	GR Engelbert Neubauer	ÖVP			
5)	GR Maria Graf	ÖVP			
6)	GR Florian Galluseder	ÖVP			
7)	GR Christian Wimmer	ÖVP			
8)	GR Julia Wenger	ÖVP			
9)	GR Andrea Sommerauer	ÖVP			
10)	EM Johanna Schwaighofer	ÖVP			
11)	EM Thomas Gruber	ÖVP			
12)	EM Maria Steiner	ÖVP			
13)	GV Wolfgang Pohler	FPÖ			
14)	GR Alois Sommerauer	FPÖ			
15)	GR Andreas Schuster	FPÖ			
16)	EM Clemens Häuslschmid	FPÖ			
<b>16</b>			<b>3</b>		

GV Norbert Schmidhammer begründet seine Gegenstimme damit, dass auch bereits bei der Grundsatzentscheidung im Gemeinderat im September 2022 die SPÖ dagegen gestimmt hat und sich an der Begründung nichts ändert.

<b>14.</b>	<b>Antrag auf Flächenwidmungsplanänderung von Grünland auf Bauland, Gst. Nr. 1160/1, 1164 und 1161, jeweils KG Hofstatt;</b>
------------	--

**Berichterstattung:**

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner verweist auf das vorliegende neue und abgeänderte Ansuchen vom 17. März 2023 und hält fest, dass es sich nunmehr um zwei Parzellen handelt.

Sie stellt daher den Antrag auf Vertagung.

In dieser Angelegenheit sei zu hinterfragen, ob in diesem Zusammenhang größere ÖEK-Flächen gewidmet werden können und ein Teil der Gemeinde zum ortsüblichen Preis zur Verfügung gestellt wird. Ein solches Raumordnungsinstrument ist im Oö. Raumordnungsgesetz vorgesehen. In dieser Sache soll daher mit dem Grundeigentümer nochmals Verbindung aufgenommen werden.

**Wechselrede:**

Keine Wortmeldungen;

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner stellt den

Antrag auf Vertagung.

**Abstimmungsergebnis (Abstimmung per Akklamation):**

**Einstimmig;**

DAFÜR	DAGEGEN
18	0

(GR Josef Weilbuchner hat aus Gründen der Befangenheit an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.)

15.	<b>Antrag auf Flächenwidmungsplanänderung von Grünland auf Bauland, Teilfläche der Gst. Nr. 285/12, KG Hörndl;</b>
-----	--

**Berichterstattung:**

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner verliest den Antrag der Widmungswerber vom 05. Februar 2023 im vollen Inhalt.

Zu dem im Antrag angesprochenen Starkregenereignis von 2021 erwähnt Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner, dass auch durch das gleichzeitige Hagelereignis die Schächte verschlossen waren und der Wasserabfluss dadurch zusätzlich gehindert worden ist. Weiters erwähnt sie in diesem Zusammenhang, dass bei neuen Siedlungsaufschließungen entsprechende Oberflächenwässerkonzepte mit Retentionsbecken etc. ausgeführt werden müssen.

Wie bereits in der Erstbeurteilung vom Ortsplaner angeführt, steht die beantragte Umwidmung im Widerspruch zu den Grundsätzen der Raumordnung. Es sollen keine Siedlungssplitter erweitert werden und es soll keine Zersiedelung stattfinden.

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner verliest auszugsweise die Stellungnahme vom Ortsplaner. Sie betont, dass die Sternchenhäuser bereits eine Ausnahme sind und wenn hier gewidmet wird, würde dies gleichsam eine „Ausnahme von der Ausnahme“ bedeuten.

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner stellt daher den Antrag, diese beantragte Umwidmung aus den genannten Gründen abzulehnen.

**Wechselrede:**

GV Wolfgang Pohler hält fest, hier dem Ortsplaner klar zu widersprechen. Dort wo aufgrund der vorhandenen Infrastruktur eine Möglichkeit zur Abrundung oder geringfügigen Erweiterung besteht, soll auch eine Erweiterung von Siedlungssplittern stattfinden können. Die Widmung passt ergänzend dazu. Die Kinder sind dort aufgewachsen und es soll die Möglichkeit geben, sich neben dem Elternhaus anzusiedeln. Wenn die Gemeinde hinter der Widmung steht, dann kann man diese auch ermöglichen.

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner hält dem entgegen, dass diese Erweiterung gegen eine geordnete Siedlungsentwicklung spricht.

Im Grunde könnte im Bereich Hörndl eine Siedlungsentwicklung stattfinden, meint GV Wolfgang Pohler.

GV Siegfried Riess hält fest, dass er die Sichtweise der Antragsteller versteht. Zu den Argumenten von Landesrat Achleitner wie im Antrag angeführt, ist er der Ansicht, dass die Thematik rund um ungenutzte Baulandreserven im Raumordnungsresort des Landes gelöst werden muss. Auch vor mehreren Jahren war im Gemeinderat eine Erweiterung einer Sternchensignatur Gegenstand der Tagesordnung und diese Umwidmung wurde auch damals abgelehnt. Wenn man nun dem heute vorliegenden Antrag zustimmen würde, dann sei das damit auch eine Leitlinie für weitere Genehmigungen von Siedlungssplittern.

Es kann auch nicht sein, dass der Gemeinderat sagt, wir genehmigen die Widmung und das Land wird das dann schon ablehnen. Letztlich soll der Gemeinderat als Raumordnungsbehörde die Verantwortung zur Siedlungsentwicklung tragen und auch dazu stehen.

GV Wolfgang Pohler wirft ein, dass auch in Ostermiething viele Siedlungssplitter entstanden bzw. genehmigt worden sind.

GV Siegfried Riess erwähnt weiters, es habe keinen Sinn, zum Antrag Ja zu sagen, nur um bei den Antragstellern gut dazu stehen.

GV Wolfgang Pohler wendet ein, dass auch bei der Umwidmung Schuster der Gemeinderat zugestimmt hat.

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner erwähnt, dass es sich hier nicht um eine Wohngebietswidmung, sondern um die Erweiterung eines bestehenden Betriebes gehandelt hat.

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner erwähnt, dass 2014 einstimmig ein Ortsentwicklungskonzept beschlossen worden ist. Damals wurden auch die Sternchenhäuser mitbeschlossen. Der Gemeinderat hat sich seither konsequent über Jahre hinweg an dieses Ortsentwicklungskonzept gehalten. Das Entwicklungskonzept wurde nur dann geöffnet, wenn es im allgemeinen Interesse gelegen war. Es wäre nicht verständlich, dass nach diesen Jahren konsequenter Raumordnungspolitik nun hier der Siedlungssplitter erweitert werden soll.

GR Josef Weilbuchner ist der Ansicht, dass der vorliegende Antrag in sich selbsterklärend ist und er alle angeführten Argumente bestätigen kann. Die Gemeinde solle dahinter stehen, denn wo ein Wille, da ein Weg.

Vzbgm. Rudolf Sigl spricht sich nochmals gegen die Erweiterung des Siedlungssplitters aus und allgemein gegen eine Zersiedelung.

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner appelliert an die Einhaltung des Ortsentwicklungskonzeptes.

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner stellt daher den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge den vorliegenden Umwidmungsantrag ablehnen.

**Abstimmungsergebnis (Abstimmung per Akklamation):**

DAFÜR			DAGEGEN		
1)	Bgm. <sup>in</sup> Andrea Holzner	ÖVP	1)	GV Norbert Schmidhammer	SPÖ
2)	Vzbgm. Rudolf Sigl	ÖVP	2)	GR Josef Weilbuchner	SPÖ
3)	GV Siegfried Riess	ÖVP	3)	EM Stefan Berger	SPÖ
4)	GR Engelbert Neubauer	ÖVP	4)	GV Wolfgang Pohler	FPÖ
5)	GR Maria Graf	ÖVP	5)	GR Alois Sommerauer	FPÖ
6)	GR Florian Galluseder	ÖVP	6)	GR Andreas Schuster	FPÖ

7)	GR Andrea Sommerauer	ÖVP	7)	EM Clemens Häuslschmid	FPÖ
8)	EM Johanna Schwaighofer	ÖVP	8)	GR Christian Wimmer	ÖVP
9)	EM Thomas Gruber	ÖVP			
10)	EM Maria Steiner	ÖVP			
<b>10</b>			<b>8</b>		

(GR Julia Wenger hat aus Gründen der Befangenheit an der Abstimmung nicht teilgenommen.)

<b>16.</b>	<b>Antrag auf Flächenwidmungsplanänderung in Sonderausweisung für Photovoltaikanlagen auf Gst. Nr. 1569 und 1570, KG Hofstatt;</b>
------------	--

### **Berichterstattung:**

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner verweist auf das vorliegende Ansuchen inkl. der Planbeilagen. Sie verweist darauf, dass es sich hier um einen Boden mit hoher bis sehr hoher natürlicher Bodenfruchtbarkeit (FEG $\geq$ 4) handelt und dies somit entsprechend dem Leitfaden für Oö. Photovoltaikanlagen ein Ausschlusskriterium darstellt.

### **Wechselrede:**

GR Maria Graf hält fest, dass PV-Anlagen auf Dächern und nicht ins Grünland gehören.

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner verweist darauf, dass dieser Antrag sowohl im Umweltausschuss als auch im Bauausschuss behandelt worden ist und von beiden Ausschüssen negativ beurteilt worden ist.

Bauausschussobmann Alois Sommerauer verweist darauf, dass sich der Bauausschuss auch mit der Sache intensiv beschäftigt hat. Aufgrund des Leitfadens für Photovoltaikanlagen für Oberösterreich sind jedoch Böden mit hoher natürlicher Bodenfruchtbarkeit (FEG $\geq$ 4) auszuschließen.

GV Wolfgang Pohler merkt an, dass das Land OÖ. hier vorbildlich gearbeitet hat und den Gemeinden durch diesen Leitfaden brauchbare Entscheidungskriterien vorgibt. Auch die FPÖ-Fraktion sei dafür, dass PV-Anlagen vorzüglich auf Dächern montiert werden sollen. Allerdings appelliert GV Wolfgang Pohler daran und fordert, dies auch im Protokoll explizit zu vermerken, dass die Errichtung von Transformatoren und der Netzausbau forciert werden sollen. Zurzeit könnte bei der Tankstelle Felber keine zweite E-Ladestation errichtet werden.

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner erwähnt dazu, dass Netzausbau und Speicher ein Gebot der Stunde sind.

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner stellt den

### A n t r a g,

der Gemeinderat möge den vorliegenden Antrag auf Flächenwidmungsplanänderung von Grünland in Sonderausweisung für Photovoltaikanlagen gem. § 30a Oö ROG auf Gst. Nr. 1569 und 1570, KG Hofstatt, aufgrund der natürlichen hohen Bodenfruchtbarkeit mit einem Funktionserfüllungsrad „FEG“ = 4 im Bereich der Widmung gem. des Kriterienkataloges für PV-Freiflächenanlagen auf land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen des Landes Oberösterreich, Punkt Landwirtschaft und Bodenschutz, ablehnen.

**Abstimmungsergebnis (Abstimmung per Akklamation):**

**Einstimmig;**

DAFÜR	DAGEGEN
19	0

**17. Antrag auf Flächenwidmungsplanänderung in Sonderausweisung für Photovoltaikanlagen auf Gst. Nr. 120/2 und 115/1, KG Hörndl;**

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner verliest den vorliegenden Antrag. Sie weist darauf hin, dass hier ebenfalls die geplante Umwidmungsfläche mit bisher hoher natürlicher Bodenfruchtbarkeit (FEG $\geq$ 4) vorgesehen ist und daher für eine PV-Nutzung nicht in Frage kommt.

**Wechselrede:**

GV Wolfgang Pohler möchte mit dem anwesenden Antragsteller Rücksprache halten und er stellt daher den Antrag, die Sitzung zu unterbrechen.

**Abstimmungsergebnis (Abstimmung per Akklamation):**

**Einstimmig;**

DAFÜR	DAGEGEN
19	0

GV Wolfgang Pohler fragt den Antragsteller, wie er die produzierte Stromleistung in der Größenordnung von 999 kWp ins Netz speisen will.

Der Antragsteller erklärt, dass laut Rücksprache mit der Energie AG bzw. Netz OÖ eine Einspeisung über die vorhandene 30 kV-Leitung möglich ist.

Allerdings behauptet Sinzinger, dass die beantragten Flächen bei einer Bodenfruchtbarkeit FEG 2 und 3 liegen.

**Die Sitzung wird fortgesetzt.**

Wie im Amtsvortrag ersichtlich, befindet sich die geplante Umwidmungsfläche zum Großteil auf natürlicher Bodenfruchtbarkeit FEG $\geq$ 4, was nicht ausschließt, dass kleinere Flächen auch FEG 2 und FEG 3 aufweisen können.

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner stellt daher den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge den vorliegenden Antrag auf Flächenwidmungsplanänderung von Grünland in Sonderausweisung für Photovoltaikanlagen gem. § 30a Oö ROG auf Gst. Nr. 120/2 und 115/1, KG Hörndl, aufgrund der natürlichen hohen Bodenfruchtbarkeit mit einem Funktionserfüllungsrad „FEG“  $\geq$  4 im Bereich der Widmung gem. des Kriterienkataloges für PV-Freiflächenanlagen auf land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen des Landes Oberösterreich, Punkt Landwirtschaft und Bodenschutz, ablehnen.

**Abstimmungsergebnis (Abstimmung per Akklamation):**

**Einstimmig;**

DAFÜR	DAGEGEN
<b>18</b>	<b>0</b>

(GR Alois Sommerauer hat aus Gründen der Befangenheit an der Abstimmung nicht teilgenommen.)

**18.    Auflassung der öffentlichen Straße GP 2261 KG Hörndl;**

**Berichterstattung:**

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner erklärt, dass vom Lagerhaus eine Teilfläche aus dem Grundstück 1993 sowie das Grundstück 1991 gekauft worden sind und zusammen mit der Aufschließung des Betriebsbaugebietes Döstling mit der bestehenden Parzelle des Lagerhauses vereinigt werden sollen.

Für die Auflassung ist eine Verordnung des Gemeinderates notwendig. Diese liegt im Entwurf vor und wird verlesen.

**Wechselrede:**

Keine Wortmeldungen;

Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner stellt den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge die Auflassung des öffentlichen Gutes GP 2261, KG Hörndl, und die vorliegende Verordnung beschließen (**Anlage 6**).

**Abstimmungsergebnis (Abstimmung per Akklamation):**

**Einstimmig;**

DAFÜR	DAGEGEN
<b>18</b>	<b>0</b>

(GR Maria Graf hat aus Gründen der Befangenheit an der Abstimmung nicht teilgenommen.)

**19.    Nachwahl in den Ausschuss für örtliche Umweltfragen, Wasserangelegenheiten und Landwirtschaft;**

Aufgrund des erledigten Mandats Patrick Weilbuchner ist eine Nachwahl im Ausschuss erforderlich.

Es liegt ein Wahlvorschlag der SPÖ-Fraktion vor:

Als Mitglied:                    **Markus Brunner**  
Als Ersatzmitglied:        **Norbert Schmidhammer**

Es sind nur die Mitglieder der SPÖ-Fraktion stimmberechtigt.

**Wahlergebnis (Abstimmung per Akklamation):**

**Einstimmig;**

JA	NEIN
3	0

**20. Bericht der Bürgermeisterin;**

1. Stellenausschreibung  
Bgm.in Andrea Holzner erwähnt, dass es bei drei Bediensteten im Gemeindeamt Nachwuchs gibt und für die zwei weiblichen Bediensteten eine Karenzvertretung auszuschreiben ist, was im Gemeindevorstand beschlossen wurde.
2. Assistenzkraft im Kindergarten  
Frau Kerstin Schmidhammer wurde als Assistenzkraft (Springerin) eingestellt.
3. Neuer Bauhofmitarbeiter  
Der Gemeindevorstand hat Herrn Béla Labas als Fachkraft im Bauhof eingestellt.
4. Frühjahrskonzert  
Das Frühjahrskonzert der Trachtenmusikkapelle findet am 01.04. und 02.04.2023 statt.
5. Hochbehälter  
Die Dichtheitsprobe ist positiv durchgeführt worden. Derzeit wird die Entleerungsleitung durch den Anschluss an den Ortskanal hergestellt.
6. Jugendwerkstatt  
Bei dem Workshop wurde die Errichtung eines Bike-Parks vorgeschlagen. Beim bestehenden Weg (öffentlichen Gut) von Ehersdorf Richtung Sportplatz soll ein Radweg entstehen und im Bereich des Spielplatzes soll ein Bike-Park errichtet werden. Kosten laut einem Angebot der Fa. Hager: rd.€ 30.000,-.
7. Termine  
**01. April:** Flurreinigungsaktion  
**20. April:** Bürgerversammlung im Gasthaus Brunner mit folgenden Themen:
  - Ausstellung Zivilschutz
  - Dorfmobil
  - Jugendwerkstatt
  - Topothek
  - Verleihung der Klimabündnistafel

GV Wolfgang Pohler fragt nach, ob auch *nonconform* da sein wird. Dies wird noch abgeklärt.

**12. April:** Blackout-Vorsorge mit dem Zivilschutzbeauftragten

**21. Allfälliges;**

1. Vertagung des Tagesordnungspunktes 14  
GR Josef Weilbuchner fragt nach, warum Punkt 14 abgesetzt worden ist. Dies ist seines Wissens nach nur vor Beginn der Sitzung möglich. Bgm.<sup>in</sup> Andrea Holzner erklärt, dass der Punkt nicht abgesetzt, sondern vertagt worden ist.
2. Sitzungsplan per E-Mail  
GV Wolfgang Pohler regt an, den Sitzungsplan künftig per E-Mail zuzustellen.
3. Verwertungsvereinbarung Betriebsbaugebiet Döstling  
Über Nachfrage von GV Wolfgang Pohler hinsichtlich der Korrespondenzen zwischen Bauland GmbH und Gemeinde erklärt AL Esterbauer, dass eben in dieser vom Gemeinderat beschlossenen Verwertungsvereinbarung das Verhältnis zwischen Gemeinde und Bauland GmbH geregelt ist. Von Seiten der Gemeinde agiert federführend die Bürgermeisterin bzw. der Amtsleiter im Auftrag der Bürgermeisterin.
4. Betriebsbaugebiet  
GV Wolfgang Pohler weist darauf hin, dass es ein Betriebsbaugebiet bei der nördlichen Ortseinfahrt von Tarsdorf gibt und diese Fläche eventuell in MB gewidmet werden soll.
5. Verlegung St. Radegunder Landesstraße  
GR Alois Sommerauer fordert mit Nachdruck die Verlegung der St. Radegunder Landesstraße und es soll hier ein Grundsatzbeschluss des Gemeinderates an die zuständige Abteilung der Oö. Landesregierung geschickt werden.
6. Die Vorsitzende stellt fest, dass gegen die während der Sitzung aufgelegene Verhandlungsschrift der letzten Sitzung vom 12. Dezember 2022 keine Einwendungen eingebracht wurden.

-----  
(Vorsitzende)

-----  
(ÖVP- Fraktion)

(FPÖ-Fraktion)

(SPÖ-Fraktion)

-----  
(Schriftführer)

Gegen vorstehende Verhandlungsschrift wurden

Einwendungen eingebracht.

Tarsdorf, am

Die Bürgermeisterin: